

# Editorial

Autor(en): **Schneider, Peter**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 8

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Liebe Leserin, lieber Leser

Leider führt uns die EU vor, dass sie nicht in der Lage ist, eine Krise anzugehen und zu lösen: Griechenland ist zwar hoch verschuldet (etwa 180% BIP) – in absoluten Zahlen (etwa 450 Mia. US\$) ist die Schuld, im Verhältnis zur EU, durchaus überschaubar (dass Griechenland diese Schulden nie abzahlen wird, ist wohl allen klar. Das gilt aber auch für Japan mit 240% BIP oder Italien mit 140% BIP). Es zeigt sich einmal mehr, dass die EU – ein an sich faszinierendes Konstrukt – nie fertig gebaut wurde: es fehlt ihr eine Exekutive; sie wird von der Verwaltung geführt (die nur eines will: Pfründe sichern und wachsen). Die Staatschefs verhandeln mit der betroffenen Staatsregierung, im Namen der EU. Bei einer grösseren Krise kann das nicht gut gehen. Ich sage das nicht etwa schadenfroh, sondern tief beunruhigt: Europa als wirtschaftlicher, kultureller und weitgehend auch demokratischer Pol der Welt gefährdet sich selbst; dies ist ganz besonders für die Schweiz kritisch!

Ich staune über die Berichterstattung unserer Medien zu Griechenland: Über Schulden, Kredite und Verhandlungen wird natürlich berichtet, aber nicht über die grossen Zusammenhänge. Dass die Lage auch bei uns ernsthafte Sicherheitsbedenken auslösen müsste, habe ich nirgends gelesen. Griechenland allein mag die EU nicht erschüttern, was wenn die weiteren stark verschuldeten Mitgliedstaaten folgen (Italien 140% BIP, Portugal 130% BIP, Irland 120% BIP, Belgien 100% BIP, Spanien 100% BIP, Frankreich 100% BIP)? Spannungen und Risse (oder mehr?), die auch den Zusammenhalt der NATO gefährden können, sind unvermeidlich.

Gleichzeitig dehnt China seine Machtansprüche unverdrossen aus – teilweise laut und sichtbar im Südchinesischen Meer, aber viel mehr und weniger auffällig in Südasiens und ganz Afrika. Russland setzt seine

reaktionäre Politik fort, die USA gleiten – nicht zum ersten Mal – in den Isolationismus. Man muss sehr kühn oder sehr blauäugig sein, um zu behaupten, dass die Welt und insbesondere Europa sich im tiefsten Frieden befinden. Militärische Gewalt als Mittel des Staates zur Erreichung politischer Ziele ist wieder alltäglich geworden; die Liste der Kriege und Krisen in Europa ist beängstigend lang und niemand will es wahrhaben!

Am allerwenigsten offenbar unser Bundesrat, der sich wieder einmal als der grösste Armeeabschaffer profiliert, wie systematisch seit 20 Jahren. Das «Rezept» ist immer dasselbe: Die sechs anderen Departemente legen für ihre Ausgaben viel zu hohe Zuwachsraten vor, dann kommt die bundesrätliche «Sparrunde»: die sechs anderen Departemente reduzieren ihre Zuwachsraten ein bisschen und haben so tapfer gespart; das VBS, mit den vom Bundesrat vorgegebenen fünf Milliarden, wird dann effektiv gekürzt. Hochkonjunktur haben wieder einmal die Empfänger unserer Entwicklungshilfe: Milliarden über Milliarden ohne jeglichen Return on Investment, dafür lässt man die eigenen Sicherheitswerkzeuge verlottern.

Seit 20 Jahren macht die Armee nur noch Planungen für ihre Weiterentwicklung, auf der Grundlage von politischen Finanzvorgaben (A95, AXXI, Schritt 08/11, WEA). Keine wird abgeschlossen und jedes Mal werden «Sparlösungen» erarbeitet. So hat sie sich kaputtgespart. Sie ist schon lange nicht mehr in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen. Ich bin der Auffassung, dass jetzt ein Marschhalt eingelegt werden muss. Die Politik, nicht die Armee, soll ihre Hausaufgaben machen und sich wieder einmal der Sicherheit von Land und Leuten widmen, vorher sind weitere Arbeiten an der WEA sinnlos. Es stimmt nachdenklich, wenn der Bundesrat dem Parlament eine WEA vorlegt und sie dann, per Finanzplanung, selber wieder abschießt.

Die Zeiten der 221 Vampire, der 250 Venom, der 160 Hunter und der 57 Mirage III liegen weit zurück. Damals waren wir ja auch wesentlich weniger reich (aber dafür Sicherheitsbewusster). Jetzt, als eines der reichsten Länder der Welt, leisten wir uns für dieselben Aufgaben gerade noch 32 F/A-18 und eine Handvoll veraltete F-5. Der Artikel 58 der Bundesverfassung wurde offenbar ausser Kraft gesetzt?

*Peter Schneider*

Peter Schneider, Chefredaktor  
peter.schneider@asmz.ch